Mara Knauthe

Konservative Politikstrategien in Zeiten autoritärer Zuspitzung

Eine Analyse des Umgangs mit Corona-Demonstrationen und der radikalen Rechten durch den sächsischen CDU-Ministerpräsidenten

1. Einleitung

Die Freien Sachsen[1] haben neben zahllosen anderen, eher unspezifischen Feindbildern ein klares, personalisiertes Feindbild: den sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer (vgl. Kiess 2023: 85). Sie fordern seine Verhaftung, ziehen mit Demonstrationen vor seinen Wohnort und protestieren vor Veranstaltungen mit ihm. Trotz dieser eindeutigen Bedrohung, die das Gegenüber nicht als politischen Gegner, sondern als politisch auszuschaltenden, zu bestrafenden oder im Grenzfall physisch zu beseitigenden Feind sieht, gab es einen Dialogversuch und vereinzelte Gespräche seitens des Ministerpräsidenten. Diese reihen sich ein in weitere Begegnungen und Gespräche zwischen ihm und verschwörungsideologischen und pandemieleugnenden Corona-Demonstrierenden. In diesem Beitrag soll eine Übersicht über den Verlauf des Umgangs mit den Corona-Demonstrationen und den Freien Sachsen seitens der sächsischen CDU und insbesondere des Ministerpräsidenten gegeben werden. Dabei ist zu untersuchen, aufgrund welcher Annahmen und mit welchem Politikverständnis Politiker:innen Dialoge mit radikalen Rechten und menschen- und demokratiefeindlich eingestellten Gruppen führen. Grundsätzlich geht es dabei um die Frage, welche Politikstra-

1 Für eine ausführliche Darstellung der Freien Sachsen s. die Einleitung zu diesem Band (Böhme/Krell).

tegien Konservative gegen die Zunahme rechtsradikaler und autoritärer Tendenzen anwenden.

Um sich dieser Frage zu nähern, wurde die mediale und Online-Präsenz der sächsischen CDU und des sächsischen Ministerpräsidenten untersucht. Dazu wurden Zeitungsartikel, Facebook-Posts der sächsischen CDU und Tweets des sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer im Zeitraum von März 2020, dem Beginn der Corona-Pandemie, bis Oktober 2023 diskursanalytisch ausgewertet. Es soll nachgezeichnet werden, wie sich vor allem die stark personalisierte und medial präsente Führungsfigur Michael Kretschmer zu den Corona-Demonstrationen und den Freien Sachsen verhält. Dafür wird in einem ersten Teil des Artikels eine Chronologie medial herausstechender Ereignisse in Bezug auf die Corona-Demonstrationen und der Reaktionen von Seiten des Ministerpräsidenten nachgezeichnet. Im zweiten Teil werden diese Begegnungen analysiert. Dabei wird herausgearbeitet, welche Funktion der Dialog zur Bekämpfung von Radikalisierung einnehmen soll und unter welchen Voraussetzungen sich auf ihn eingelassen wird. Es zeigt sich, dass die Gespräche einerseits auf der Imagination eines anhörbaren homogenen ›Volkswillens‹ beruhen und andererseits auf den Annahmen eines rational deliberativen Kommunikationsmodells, die jedoch nicht erfüllt werden. Diese Annahmen führten immer wieder zu Berührungspunkten mit Corona-Demonstrationen und den Freien Sachen, stellen aber gemäß der Forschung und der Expertise der Mobilen Beratung kein geeignetes Mittel gegen demokratiefeindliche und rechtsradikale Akteur:innen dar (vgl. Bringt/Klare 2021). Im dritten Teil wird dann die eigene Positionierung des sächsischen Ministerpräsidenten gegenüber verschiedenen rechtsradikalen Gruppierungen und Parteien analysiert. Hier lässt sich vor allem eine rhetorisch-moralische Abgrenzung bei gleichzeitiger Verschärfung eigener politischer Positionierungen beobachten, um rechtes Wähler:innenpotenzial zurückzugewinnen. Dabei werden die Themen Migration und Kritik an der Ampel-Regierung in einer Form affektpolitisch (Mau et al. 2023: 351) bespielt, die als »Regression als Problemlösungsstrategie« (Kalkstein/Gittner 2023: 267) bezeichnet werden kann. Im letzten Teil wird dann die Kritik an der Ampel-Regierung genauer beleuchtet, die einem libertären Autoritarismus folgt, der strukturelle Ähnlichkeiten zu dem Freiheitsbegriff der Freien Sachsen aufweist.

Schlussendlich zeigt sich, dass die Freien Sachsen und die radikale Rechte politische Gegner der Konservativen sind, die von ihnen moralisch delegitimiert werden. Gleichzeitig besetzt der Ministerpräsident aber vor allem in Bezug auf Migration und die Ampel-Koalition Themen, die in ihrer Struktur, mit der sie im Diskurs vorgebracht werden, verwandt sind mit denen der radikalen Rechten. Weitere Parallelen zeigen sich in einem autoritär individualistischen Freiheitsbegriff. Der Versuch einer Antwort auf die autoritären Tendenzen liegt hier in einer eigenen Radikalisierung.

2. Chronologie der Ereignisse

Im Zuge der Corona-Pandemie sah sich die Politik nicht nur vor der Herausforderung, die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie zu entscheiden und durchzusetzen, sondern sie musste sich ebenso mit einem wachsenden Protestmilieu aus Verschwörungsideolog:innen, Coronaleugner:innen und Rechtsradikalen auseinandersetzen. Schnell wurde Sachsen zu einem der Orte mit einem besonders großen Aufkommen an Protestgeschehen. Neben den radikalen Positionen und den teilweise gewaltsamen Ausschreitungen bekamen auch die Begegnungen zwischen Demonstrierenden und dem sächsischen Ministerpräsidenten mediale Aufmerksamkeit. Im Folgenden werden chronologisch die verschiedenen medial rezipierten Begegnungen dargestellt, die dann im anschließenden Kapitel analysiert werden. Die Chronologie dient der Dokumentation sowie als Beleg für die Häufigkeit und die Ähnlichkeiten in den Kontakten. Der besondere Fokus auf den Ministerpräsidenten ergibt sich aus seiner Funktion, in der er an der Spitze des politischen Systems des Freistaates steht. Damit werden seine Handlungen medial stark rezipiert und besitzen auch einen hohen Symbolcharakter. Gespräche eines Ministerpräsidenten mit Demonstrierenden kommunizieren etwas anderes als beispielsweise Dialoge mit Kommunalpolitiker:innen. Der zweite Grund ist, dass es empirisch häufige Kontakte gab und zwar deutlich mehr als von anderen Politiker:innen auf Landesebene, die sich von den Demonstrierenden stärker abgrenzten. Die vielen Begegnungen und Gespräche mit verschiedenen Bürger:innen in Sachsen führen zu einer medialen Rezeption, die im Bürgerdialog

einen wichtigen Bestandteil von Michael Kretschmers Politikstrategie und -stil sieht. Ihm wird häufig das »Image eines bürgernahen Politikers« (Mitteldeutscher Rundfunk 2024) attestiert und er gilt als »Meister des persönlichen Gesprächs« (Freie Presse 2022). Diese Offenheit wird aber auch kritisch rezipiert, wie in der taz, wo beschrieben wird, dass er »exzessiv« auf Bürgernähe setze (Orde 2023). Somit ergibt sich die Fokussierung auf einen einzelnen Politiker aus den empirisch herausstechenden Ereignissen und kann damit als Fallbeispiel bezüglich der Frage des politischen Dialogs mit Rechtsradikalen dienen.

16.05.2020 Großer Garten

Ein erstes Aufeinandertreffen, das auch überregionale mediale Aufmerksamkeit erzeugte, geschah am 16. Mai 2020. Eine Gruppe von Demonstrierenden gegen die Corona-Maßnahmen, vor allem bezüglich der Maskenpflicht, zog durch den Großen Garten in Dresden. Laut Aussage der Staatskanzlei wurde sich spontan für den Besuch von Michael Kretschmer entschieden, der mit dem Fahrrad anreiste (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung 2020). Die Bilder zeigen einen dicht umringten Ministerpräsidenten, der mit den Demonstrierenden ins Gespräch kommt. Während der Gespräche wurden immer wieder verschiedene Rufe skandiert, die die Pandemie leugneten, Kretschmer diffamierten und reichsbürgertypische Aussagen beinhalteten. Unter anderem wurden »Kretschmer, verpiss dich« und »Du bist doch der blödeste Hammel, den Sachsen je gesehen hat« gerufen. Als er sagte: »Wie leben in einem Staat, in dem jeder seine Meinung sagen kann«, wird dies durch Zwischenrufe wie »Wir haben keinen Staat!«, »Besatzung!« und »Die Gerichte sind alle unterwandert!« kommentiert (YouTube 2020). Als er damit konfrontiert wird, dass er, trotz Maskenpflicht, selbst keine trägt, sagte Kretschmer:

»In jedem anderen Kontext, hätte ich jetzt meine Maske aufgesetzt und ich habe es hier nicht gemacht, aus Respekt vor Ihnen, (Zwischenantwort: Das ehrt Sie sehr), weil ich zu Menschen komme, die eine explizit andere Meinung haben als ich und ich nicht, obwohl ich sie mithabe, Sie unter dem Motto provozieren will, sondern ich möchte mit Ihnen so reden wie es ist« (ebd.).

Auf der Seite von Michael Kretschmer auf X (ehemals Twitter) wurde dazu am selben Tag ebenfalls ein Video der Begegnung gepostet und dazu geschrieben:

»Mir ist es wichtig die Meinungen, Argumente & Sorgen der Menschen zu hören. Wir können über alles reden & auch Dinge nachbessern. Dafür braucht es eine vernünftige #Diskussionskultur & dann schaffen wir es auch gemeinsam durch die Krise. (SK) #unterwegsfürsachsen #sachsen« (Kretschmer 16.05.2020).

20.05.2020: Gespräch mit Aluhutträger in Pirna

Vier Tage später, am 20. Mai 2020, kam Michael Kretschmer wieder ins Gespräch mit einer herausstechenden Person bei einer Veranstaltung in Pirna (vgl. Decker 2020). Der Mann trug neben einem Aluminiumhut als Kopfbedeckung ein T-Shirt mit dem Aufdruck »Wir sind das Volk« und einen Aufkleber mit der verschwörungsideologischen Aufschrift »Gib Gates keine Chance« (Potter 2021). Dennoch entschied sich Kretschmer für das Entstehen der Bilder eines Dialogs mit diesem Mann. Nach diesen beiden Ereignissen erklärte Kretschmer gegenüber der Funke Mediengruppe: »Ich möchte verstehen, was die Menschen umtreibt. Das ist eine zwingende Voraussetzung dafür, dass dieses Land sich nicht weiter spaltet. Diese Leute nicht ernst zu nehmen wäre falsch« (Bild 2020). Weiterhin vertrat er die Meinung, dass es zu steigenden Teilnehmendenzahlen kommen würde, wenn die Demonstrierenden »sofort in eine Ecke gedrängt und als Gesprächspartner ausgeschlossen« werden (ebd.).

September 2020 Treffen mit Bhakdi

Im September 2020 trifft sich Michael Kretschmer mit dem Professor für Medizinische Mikrobiologie Sucharit Bhakdi. Dieser war ein Vordenker der *Querdenken*-Bewegung (vgl. Freie Presse 2022) und wurde bereits 2020 dafür kritisiert, dass seine Aussagen »mindestens einseitig ausgewählt und gedeutet und zum Teil wissenschaftlich unseriös« sind (Pasternack/Beer 2022: 69). Über das Gespräch wurde Stillschweigen vereinbart.

16.01.2021: Anruf bei dem Gastronom Mario Zichner

Im Januar 2021 postete der Dresdner Gastronom Mario Zichner ein Video seines »Wutausbruches« über die Corona-Politik. Mario Zichner hat Kontakte in die rechtsradikale Szene. Er kochte beispielsweise für den Dresdner Obdachlosenverein (vgl. Wolf et al. 2021), dessen führende Köpfe und *Pegida*-Sympathisanten Ingolf Knajder und Uwe Riedel immer wieder durch rassistische Äußerungen auffallen und wegen Volksverhetzung verurteilt sind (vgl. Hellwig 2023). Außerdem ist Zichner auf einem Foto mit einem Ex-*Pegida* Organisator zu sehen (vgl. Wolf et al. 2021). Als Reaktion auf dieses Video rief Michael Kretschmer ihn persönlich an, um mit ihm über seine Vorwürfe zu sprechen, trotz der öffentlich bekannten Verbindungen.

20.01.2021: Hausbesuch bei Kretschmer und anschließende Einladung

Am 20. Januar 2021 zog eine Gruppe von circa 30 Menschen vor das private Wohnhaus von Michael Kretschmer, um ihn zu konfrontieren. Dabei handelte es sich um Personen aus dem Umfeld der *B96-Proteste*. Sie vertreten reichsbürgertypische, rechte und verschwörungsideologische Inhalte (vgl. MDR Investigativ 2021). Die Gruppe hatte verschiedene Artikel wie Mützen und Schals in schwarz-weiß-roten Farben und Plakate mit den Aufschriften: »Wer Völkermord betreibt, hat das eigene Lebensrecht verwirkt! Rücktritt und Verhaftung sofort!« und »Lasst die Finger weg von unseren Kindern u. Enkeln! Es gibt keine Pandemie, sondern Plandemie« (Potter 2021) mitgebracht. Michael Kretschmer entschied sich dafür, in den spontanen Dialog mit den Personen zu treten. Während des Gesprächs versuchte er mit rationalen Argumenten die Diskussion über die Pandemie und die politischen Entscheidungen zu führen. Die Gegenseite schien darauf jedoch nicht einzugehen. Die Interaktion dauerte circa 30 Minuten. Laut eigener Aussage beendete Kretschmer das Gespräch als sich eine Frau demonstrativ ihr schwarz-weiß-rotes Halstuch über das Gesicht zog (vgl. N-TV 2021). Kretschmer

eröffnete der Gruppe ein weiteres Gesprächsangebote in einer Runde, die er organisieren wolle (vgl. Potter 2021).

18.01.2022: Frankenberg – ein letzter Dialogversuch?

Im Januar 2022 tritt der Ministerpräsident an eine Demonstration der – mittlerweile vom Landesamt für Verfassungsschutz (2021) als rechtsextrem eingestuften – Freien Sachsen heran, die vor einer von ihm besuchten Veranstaltung stattfindet. Er bricht den Gesprächsversuch ab, nachdem er von der aufgebrachten Menge in bedrohlicher Weise angeschrien und zudem mit einer Fahne attackiert wird. In der Menge steht auch der Die Heimat- (ehemals NPD) und Freie Sachsen-Funktionär Stefan Hartung (vgl. RTL 2022). Ein Video von dieser Begegnung kursierte danach in den sozialen Medien und löste kontroverse Diskussionen aus (vgl. Rosendahl 2022). Es mehrte sich die Kritik, in der Sächsischen Zeitung wurde beispielsweise kommentiert:

»Denn für die pöbelnde Menge in Frankenberg ist es ein medial mehrfach transportierter Erfolg – ein Bild der Demütigung entsteht. Und genau dabei wird nicht nur eine Person, sondern auch das Amt des Regierungschefs beschädigt. Und so endet wieder ein Tag, an dem Michael Kretschmer mit einem gut gemeinten, aber unbedachten Gesprächsangebot so viel mehr Menschen enttäuscht, die in den vergangenen zwei Jahren auch die härtesten Phasen der Corona-Pandemie mit Geduld, Solidarität und Engagement durchgetragen haben – und damit auch Michael Kretschmer« (Binninger 2022).

April 2022: Cunewalde

Bei den Feierlichkeiten anlässlich des 800-jährigen Bestehens der Gemeinde Cunewalde versuchte Kretschmer noch einmal, Demonstrant:innen der Freien Sachsen zuzuhören, bevor er eine Veranstaltung betritt. Auch hier gab es kein Eingehen der Demonstrierenden auf seine Gesprächsversuche, wie sich in folgender Dialogschilderung zeigt:

»Bei der 800-Jahr-Feier in Cunewalde im Landkreis Bautzen im April 2022 wurde Michael Kretschmer von Corona-Leugnern abgefangen. Ein kleiner Mann rief: ›Corona gibt es nicht.‹ Als der Ministerpräsident fragte: ›Was meinen Sie konkret?‹ antwortete ein anderer Mann: ›Es gibt gar keine Pandemie.‹ Der Politiker antwortete mit zusammengezogenen Augenbrauen: ›Sie haben hier eine Trillerpfeife um und brüllen mich an. Und ich stelle Ihnen die Frage, was Sie wissen wollen. Und Sie sagen: Corona ist keine Pandemie‹« (Mitteldeutscher Rundfunk 2024).

Juli 2022: Kurswechsel

Im Juli 2022 erfolgte ein medial kommunizierter »Kurswechsel« des Ministerpräsidenten. Hier veränderte sich seine Haltung zu den Demonstrationen und zu möglichen Gesprächen. Die Unmöglichkeit einer Verständigung mit radikalisierten Menschen wird betont: »Das sind radikalisierte Menschen, mit denen kann man nicht mehr reden« (Freie Predsse 2022). Begründet wird dies auch mit der kritischen öffentlichen Rezeption dieser Gesprächsversuche: »Ich würde es wahrscheinlich so nicht noch mal machen, weil ich gesehen habe, wie es gesehen wurde« (ebd.). Er räumt selbst die »Demütigung« ein, die mit solchen Konfrontationen verbunden ist und problematisiert die Podiumsfunktion, die damit den Demonstrierenden gegeben wird: »Er habe lernen müssen, so der Ministerpräsident, dass man diesen Leuten mit einem Gesprächsangebot auch ein Podium gebe« (Kollenberg 2022). Er zieht damit eine klare Grenze: »Wenn man die grundlegenden Werte unserer Demokratie mit Füßen tritt, wenn man ganz bewusst rechtsextreme Tendenzen hat, wenn man andere niedermacht, dann ist kein Gespräch möglich« (Hach 2022).

09.12.2022: Podiumsdiskussion mit Uwe Tellkamp

Nach seiner verbalen Abgrenzung an Dialogversuche mit Rechtsradikalen scheut Kretschmer jedoch weiterhin nicht das intellektualisierte neurechte Milieu als Gesprächspartner. Auf einer gemeinsamen Podiumsdiskussion im Dezember 2022 zweifelt der Schriftsteller Uwe Tellkamp, der immer wieder durch Kontakte in die neurechte Szene auffiel, die

Umsturzpläne der Reichsbürger an (vgl. Meisner 2022). Außerdem zieht er Parallelen zwischen der DDR und heutiger Politik. An dieser Stelle bezieht sich der Ministerpräsident wieder positiv auf seine Vorstellung des Miteinander Redens:

»Kretschmer verteidigt sein Dialogkonzept, bei dem Tellkamp nur einer in einer langen Reihe ist. Es sei richtig gewesen, dass 2015 der damalige sächsische CDU-Innenminister Markus Ulbig die Anführer:innen von Pegida getroffen hatte, ebenso, dass er selbst 2020 im Großen Garten in Dresden mit Corona-Demonstrant:innen diskutierte. Als er später mit den Querdenker-Ikonen Sucharit Bhakdi und Stefan Homburg an einem Runden Tisch zusammenkam, habe ihm das sogar ›in vielen Punkten die Augen geöffnet‹, sagt Kretschmer. Miteinander reden bedeute ja nicht, dass man ›nach dem Munde redet, sondern dass man sich mit denen auseinandersetzt‹« (ebd.).

Nach der Distanzierung und Kritik an den eigenen Dialogversuchen mit Antidemokrat:innen, wird hier wieder die alte Position eingenommen, die im Dialog ein Allheilmittel sieht:

»Rote Linien will der sächsische CDU-Mann nach eigenen Worten erst dann ziehen, wenn der Staatsanwalt oder der Verfassungsschutz das vorgeben. Grundsätzlich gelte: ›Wenn wir nicht mehr miteinander reden, wie soll das dann gehen?‹« (ebd.).

Diese Äußerung widerspricht allerdings auch dem eigenen Handeln, da sein Zugehen auf die Freien Sachsen in Frankenberg im Januar 2022 zu einem Zeitpunkt stattfand, als diese bereits vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingeordnet waren.

3. Dialogverständnis: Mit Rechten reden

In den dargestellten Ereignissen zeigen sich Muster und bestimmte Verständnisse von Dialog, Politik und Demokratie, welche im Folgenden analysiert werden. Zunächst ist deutlich erkennbar, dass Gesprächsbereitschaft, Dialog und Bürgernähe als Markenzeichen eines Politikers genutzt werden, die das »Image eines bürgernahen Politikers« (Mitteldeutscher Rundfunk 2024) und eines »Kümmerers« (YouTube 2023) erzeugen.

Dieses Image geht einher mit einem bestimmten Politikverständnis, welches Elemente von Populismus beinhaltet. Nach Hans Vorländer zeichnet sich Populismus durch drei Merkmale aus: Pro-Volkssouveränität, Anti-Establishment und Anti-Pluralismus (vgl. Vorländer 2021: 31). Eine entsprechende »Idee der unmittelbaren Volkssouveränität« (Vorländer 2021) kommt auch in dem von Kretschmer vertretenen Dialogverständnis zum Ausdruck. Ziel der Betonung des bürgernahen Gesprächs ist die Vermittlung von ›Volksnähe‹ und das Ernstnehmen der Sorgen der Menschen. Bezüglich der Gespräche mit Demonstrierenden wird der Eindruck vermittelt, dass sich durch radikales, wütendes Auftreten auf der Straße Gehör verschafft werden kann und Gruppen dadurch als Diskurspartner wahrgenommen werden. Dies legitimiert letztendlich Feindlichkeit gegenüber deliberativen und repräsentativen Demokratieverständnissen. Hierbei geht es auch um die erzeugten medialen Bilder. Sich einer demonstrierenden Menge als offener Dialogpartner zu präsentieren, symbolisiert eine ›Volksnähe‹ von Politik, die versucht, die gefühlte Repräsentationslücke zu schließen. Es zeigt: »Seht her, ich höre euch zu!« Damit verbunden wird die Idee eines auf die Straße getragenen ›Volkswillen‹ gestärkt. Wenn das regionale Regierungsoberhaupt dann in den Dialog auf der Straße mit den dort demonstrierenden Menschen tritt, suggeriert das ein Anhören des ›Volkswillens‹, welcher dann in die Politik getragen werden soll. Dies funktioniert nur auf Grundlage einer Homogenitätsvorstellung und transportiert diese weiter, entgegen der empirischen Realität einer durch vielfältige und einander widerstreitende politische Einstellungen, Positionen und Interessen charakterisierten Bevölkerung. Das politisch angesprochene Subjekt ist hier der ›normale Sachse‹, der vor allem als weiß, nicht zugezogen und berufstätig konstruiert wird. Beispielsweise führt die »Wutrede« des Wirts Mario Zichner, der diesem Bild entspricht, zu einem persönlichen Anruf vom Ministerpräsidenten. Es gibt demnach Gruppen, deren Wut eher gehört wird und die eher als legitim angesehen werden, ›den Volkswillen‹ auszudrücken als andere. Das Anhören des Volkes auf der Straße durch das Regierungsoberhaupt stellt eine direkte Verbindung zwischen der Regierung und dem Protest auf der Straße her, der als direkte ›Volkswillensbekundung‹ gilt. Damit wird ein personalisiertes Politikverständnis unterstützt, das die unrealistische Erwartung stärkt, der Regierungschef könne alle Bürger:innen mit

ihrem politischen Willen auf der Straße anhören. Tatsächlich werden aber nur bestimmte Gruppe angehört, während andere gemieden werden. Damit werden direkte (Schein-)Zuständigkeiten suggeriert, die andere politische Beteiligungsformen und Vermittlungsebenen auslassen. Diese Anhörung ist eine symbolische Anhörung, der nur selten direkte politische Handlungen folgen können (was auch nicht das Ziel der Anhörung ist). Damit wird zwar auf medialer, diskursiver Ebene ein ›volksnahes‹ Bild erschaffen, es fördert aber erstens ein populistisches Demokratieverständnis und muss zweitens real zu Enttäuschungen führen, weil es letztlich keinen direkten politischen Output generiert. Der Dialog ist hier ein rein performatives Mittel, welches Partizipation suggeriert, indem sich Menschen gehört fühlen sollen. Dies vernachlässigt letztlich andere, praktikablere partizipative Politikmodelle, da es die populistische Vorstellung eines ›Volkswillens‹, der von einer Führungsfigur gehört und umgesetzt werden kann, reproduziert.

Die Begegnung im Großen Garten im Mai 2020 vermittelt ein großes Entgegenkommen des Ministerpräsidenten. Er lässt sich auf einen Dialog zu den Bedingungen der Demonstrierenden ein. Dazu nimmt er demokratiefeindliche Parolen in Kauf. Durch seinen Tweet stellt er die Anliegen der Demonstration als »Meinungen, Argumente und Sorgen« dar (Kretschmer 16.05.2020). Indem gesagt wird, dass über alles geredet werden kann, wird eine uneingeschränkte Gesprächsbereitschaft signalisiert. Außerdem wird über das Ansprechen eines ›Wirs‹ eine Gemeinschaftsidee ausgedrückt, in der auch Protestierende uneingeschränkt und unabhängig von den getätigten Aussagen einbezogen werden.

Bei dem »Hausbesuch« im Januar 2021 dringt eine Personengruppe in den privaten Raum eines Politikers ein. Dieser weist diese überfallartige Konfrontation nicht als grenzüberschreitend zurück, sondern geht auf die Personen ein und eröffnet ihnen darüber hinaus noch ein weiteres Gesprächsangebot. Die fehlende Sanktionierung dieses Auftretens normalisiert diese Art der ›Willensbekundung‹. Dadurch erscheint diese Form des übergriffigen Protests, der verbunden ist mit klar zur Schau gestellter Demokratiefeindlichkeit, letztlich als legitim. Außerdem wird der Inszenierung dieses verschwörungsideologischen und rechtsradikalen Protests eine Bühne gegeben. Sie können die Regeln des Zusam-

mentreffens und der Diskussionsgrundlage bestimmen und dieses dann später in ihren Kanälen als erfolgreiche Konfrontation inszenieren.

Zugang zum Dialog mit dem Ministerpräsidenten bekommen, bis zur Distanzierung im Juli 2022, erst einmal alle, die von ihm als besorgte Bürger:innen Sachsens wahrgenommen werden. Dabei gibt es keine weiteren Bedingungen, wie entgegengebrachter Respekt oder Bezug auf eine gemeinsame demokratische Werthaltung. Bei Beleidigungen und Vorwürfen, auch wenn sie sich direkt gegen die eigene Person richten, wird das Gespräch nicht abgebrochen. Demokratie- und menschenfeindliche Aussagen werden hingenommen und ihnen wird nicht klar und deutlich widersprochen. Das dadurch vermittelte Bild ist, dass jede Position, unabhängig von ihren Inhalten und Konsequenzen, legitim ist und ein Recht darauf hat, angehört zu werden.

Diese Gespräche können als Einhegungsversuche gewertet werden. Damit soll Radikalisierung begrenzt oder zumindest vermindert werden. Dialog ist demnach »zwingende Voraussetzung dafür, dass dieses Land sich nicht weiter spaltet« (Bild 2020). Laut diesem Verständnis bewirkt Abgrenzung eine Zunahme der Radikalisierung. Außerdem wird eine Abgrenzung gegenüber demokratiefeindlichen Akteur:innen als Stigmatisierung dargestellt, da »die Zahl der Demonstranten zunehmen [könnte], wenn Menschen mit kritischen Positionen ›sofort in eine Ecke gedrängt und als Gesprächspartner ausgeschlossen‹ würden« (ebd.). Diese Vorstellung der Einhegung rechtsradikaler Tendenzen durch Gespräche gibt es in Sachsen bereits länger. Friedemann Bringt und Heiko Klare zeigen, dass es bereits 2015 und 2016 verschiedene Formate des Dialogs und Austauschs gab, um der sogenannten Spaltung rund um die Themen Asyl und Migration entgegenzuwirken (vgl. Bringt/Klare 2021: 70). Dabei zeigte sich jedoch, dass vor allem diejenigen diese Veranstaltungen nutzten, »die kein Interesse an Austausch, Konsens und Fakten hatten, sondern vielmehr ihre ressentimentgeladenen Ansichten lautstark und in der Hoffnung auf Verbreitung äußern wollten« (ebd.: 70). Dass diese Einhegungsversuche somit bei ideologisch gefestigten Menschen scheitern, liegt an der Verkennung der Strategie der radikalen Rechten und an der Wirkung von Ideologie. In den Beispielen zeigt sich, dass die Verständigungsversuche des Ministerpräsidenten auf einer Art deliberativen habermas'schen Idee von Politik und kommunikativem Handeln

basieren. Demnach geschieht politische Willensbildung über einen Diskurs, der als rationaler Austausch von Argumenten vorgestellt wird (vgl. Habermas 1999: 291). Ein solcher Diskurs besitzt aber »anspruchsvolle Kommunikationsvoraussetzungen« (ebd.: 291). Notwendig dafür ist kommunikatives Handeln, welches darauf ausgerichtet ist, »rational motivierte Verständigung« (Habermas 1988: 107) herzustellen. Diese ist jedoch nur herstellbar, wenn bestimmte Geltungsansprüche, wie Wahrheit, erfüllt werden und alle Beteiligten dieses Ziel der Verständigung teilen (vgl. ebd.: 111). Dabei soll laut Habermas der »zwanglose Zwang des besseren Arguments« überzeugen. Einen dieser Vorstellung von kommunikativer Rationalität verpflichteten Dialog, scheint der Ministerpräsident durch seine Begegnungen erzeugen zu wollen. Dabei soll die argumentative Kraft der Wahrheit diejenigen umstimmen, die noch nicht von ihr überzeugt sind. Beispielsweise bezieht er sich in seinem Tweet zu den Diskussionen im Großen Garten vom 16.05.2020 auf eine solche Vorstellung von Vernunft und Diskurs, die im Umgang mit den Coronaleugner:innen als adäquates Mittel der Krisenbekämpfung präsentiert wird. In einer Kabinettspressekonferenz am 20.12.2022 verkündete Kretschmer in Bezug auf Verschwörungsideologien: »Man kann nur hoffen, dass sie angesichts der Bilder aus den Krankenhäusern zu einer besseren Einsicht kommen und sich auch vernünftig solidarisch verhalten« (Facebook 2020). Weiterhin verkündet er gegenüber der Presse: »Es sei ihm wichtig, Dinge zu erklären, sagte Kretschmer. Er hoffe, dass er mit Fakten überzeugen könne« (Redaktionsnetzwerk Deutschland 2021). All diese Äußerungen artikulieren die Hoffnung auf eine vernunftgeleitete Einsicht durch Argumente und Fakten. Diese Erwartung von kommunikativer Rationalität und der Kraft der Argumente verkennt jedoch den irrationalen Kern von Verschwörungsideologien und die fehlende Bereitschaft der Anhänger:innen, sich auf kommunikative Verständigung einzulassen, weil sie in einem völlig anderen Paradigma von Wirklichkeit agieren (vgl. Butter 2018: 54 ff.). Bestenfalls sind Kretschmers Positionen hier Ausdruck einer demokratischen Idealvorstellung, die jedoch die wissenschaftlichen Erkenntnisse zu der Funktion von Ideologien ignoriert. Gefestigte rechtsradikale und verschwörungsideologische Weltbilder sind nicht in erster Linie das Ergebnis von fehlender Aufklärung und sind durch rationale Argumente meist weder zu erreichen noch aufzulösen.

Die Orientierung an einem deliberativen Modell ist demnach unpassend, weil die ideale Sprechaktsituation, die dafür nötig wäre, nicht annähernd gegeben ist. Verständigung ist demnach nur unter bestimmten Bedingungen möglich, die von Verschwörungsideolog:innen und der radikalen Rechten nicht geteilt werden. Wie in den Beispielen aus 2. sichtbar wird, geht es den Akteur:innen nicht um Verständigung, sondern um Hegemonie. Die Neue Rechte benutzt nach Natascha Strobl explizit Sprache als Waffe, um »den demokratischen Diskurs zu zerstören« (Strobl 2021: 23) und Hegemonie zu erlangen. Dafür nutzt sie Frames, Narrative und bestimmte Techniken (vgl. ebd.). Ein Einlassen auf diese bewusste Diskurszerstörung gibt ihr Raum. Die Gespräche laufen auch in den Beispielen stets nach den Vorgaben und Vorstellungen der Coronaleugner:innen und Rechtsradikalen ab. Durch das Eingehen des Gesprächs zu diesen Bedingungen gibt der Ministerpräsident den Akteur:innen eine Plattform. Wie er später selbst erkennt, ist dies eine »Podiumsfunktion«.

Damit bleibt die Frage: *Cui bono*? Der Dialog mit aggressiv auftretenden antidemokratischen Akteur:innen bietet eine Plattform für sie. Das deliberative Demokratiemodell, welches von kommunikativer Rationalität ausgeht, ist keine geeignete Begegnungsstrategie für den Umgang mit ideologisch gefestigte Antidemokrat:innen. Es ist vielmehr gefährlich und kontraproduktiv, es in diesem Falle anzuwenden.

Johannes Kiess zeigt, dass die Proteste der Freien Sachsen durch die mediale Erwähnung eine verstärkte Aufmerksamkeit bekamen, wodurch auch ihr Telegram-Kanal anwuchs (vgl. Kiess 2023: 84). Es finden hier demnach verstärkende Dynamiken durch die Medien statt. Auch die Gesprächsversuche durch den Politiker tragen zu dieser verstärkenden Dynamik bei. Die Begegnungen werden als »Sieg« in den Telegram-Gruppen gefeiert und erzeugen weitere mediale Resonanz. Videos der Konfrontation werden im Internet geteilt mit Titeln wie »Kretschmer wird bei Corona Demo in Dresden zur Rede gestellt« (YouTube 2020) und zu dem Aufeinandertreffen in Frankenberg schreiben die Freie Sachsen in ihrem Telegramkanal am 18.01.2022: »Hunderte Bürger empfangen den sächsischen Despoten Michael Kretschmer mit einem lauten Pfeifkonzert. Die Botschaft ist deutlich: Kretschmer muss weg!« (Freie Sachsen 18.01.2022).

Diese Erkenntnisse sind bereits etabliert in der Mobilen Beratung und der zivilgesellschaftlichen Arbeit sowie der begleitenden Forschung. Friedemann Bringt und Heiko Klare betonen, dass eine effektive Bekämpfung von Demokratiefeindlichkeit und Ideologien der Ungleichwertigkeit einer genauen Analyse bedarf, die die neuen Formen von Protestgeschehen jenseits vom klassischen Schema des Rechtsextremismus analysieren, um beispielsweise die antisemitischen Aspekte der Proteste zu verstehen, die Faktenresistenz und die fehlende Anerkennung von Demokratie (vgl. Bringt/Klare 2021: 69). Neben der Analyse seien in politischen Positionierungen auch »deutliche rote Linien zu ziehen« (ebd.). Im Umgang von Michael Kretschmer mit den Freien Sachsen zeigt sich vor allem zu Beginn, dass er die Faktenresistenz nicht anerkennt und deswegen denkt, dass Dialog im habermas'schen Sinne Meinungen verändern kann. Für eine starke demokratische Kultur ist es jedoch wichtig »nicht destruktive Akteur*innen, sondern Engagierte [zu] stärken« (ebd.: 70). Dialoge sind deswegen nur dort sinnvoll, wo sie »keine großen öffentlichen Bühnen bedienen, die in der Gefahr stehen, von ideologisch geschulten Menschen mit politischer Agenda dominiert zu werden« (ebd.: 71). Außerdem sollte sich nicht auf jene fokussiert werden, die »am lautstärksten und aggressivsten sind« (ebd.). Indem der Ministerpräsident zu den Demonstrierenden in den Großen Garten fährt und mit ihnen dort das Gespräch sucht, schafft er aber genau diese große Öffentlichkeitswirksamkeit, durch seine eigene Position und gibt jenen Stimmen einen Raum.

Somit zeigen die Forschung und die Erfahrung der Mobilen Beratung die Gefahren und Fallstricke eines vermeintlich demokratischen Dialogs mit Demokratiefeinden. Stattdessen sollte die Stimme von Betroffenen und demokratisch Engagierten gestärkt werden, um die radikale Rechte zu bekämpfen. Im Umgang Michael Kretschmers zeigen sich somit die ›typischen Fehler‹ eines falsch angewendeten deliberativen Demokratiemodells, welches die eigenen Prämissen missachtet.

4. Radikalisierung als Einhegungsversuch

Trotz der Dialogversuche mit radikalen Rechten und Verschwörungsideolog:innen findet eine medial wahrnehmbare eindeutige Abgrenzung von AfD, Freien Sachen und anderen rechtsradikalen Parteien und Gruppen durch den Ministerpräsidenten statt. Diese folgen dem Muster einer ›moralischen Abgrenzung‹. Kritisiert werden die Gruppen meist nicht auf einer inhaltlichen Ebene, um sie stattdessen als moralisch verwerflich handelnde Personen einzustufen. Sie sind »Schreihälse« (CDU Sachsen 2021b), »Extremisten« (CDU Sachsen 2021a), »Spalter« (ebd.), »Hetzer« (ebd.), »unfassbar böse« und »abschätzig« (Blick.de 2023). Diese Wir-Die-Konstruktion dient einer rhetorischen Abgrenzung, die das eigene Handeln moralisch aufwertet im Vergleich zu einer »bösartigen Minderheit« (Naber 2022). Sie beinhaltet jedoch keine inhaltliche Auseinandersetzung. Die Konstruktion einer extremen, abseits der bürgerlichen Gesellschaft stehenden, kleinen Minderheit fand sich bereits bei der Charakterisierung der *Pegida*-Demonstrierenden und bildete auch dort den Gegenpol zu einer parallelen Ansprache einer vermeintlichen Mehrheit der sich an *Pegida*-Demonstrationen beteiligenden ›besorgten Bürger‹, welche die Landesregierung auch damals schon durch Dialogangebote zu erreichen suchte (vgl. Heim et al. 2017: 154). Damit wird die Mitte der Gesellschaft von solchen autoritären Einstellungen freigesprochen und das Problem auf eine kleine Gruppe externalisiert (vgl. ebd.).

Als Erklärungsansatz für das Erstarken der radikalen Rechten wird von Michael Kretschmer immer wieder die Rolle der sozialen Medien angeführt. Dies wird häufig monokausal als einziger Grund aufgeführt. In einem Interview mit der Welt erklärte er beispielsweise: »Feinde unserer Demokratie nutzen das Internet mit großer Wirkmacht und streuen Falschinformationen« (Naber 2022). Auch bezüglich der Verschwörungsideologien während der Corona-Pandemie sieht er das Hauptproblem in den sozialen Netzwerken: »Der Ministerpräsident nannte die anhaltende gezielte Desinformation in sozialen Netzwerken ein Teil des derzeitigen Problems. ›Wer über Monate Lügen hört, wird am Ende nicht mehr wissen, was die Wahrheit ist.‹ Das sei auch ein Grund für die niedrige Impfquote« (CDU Sachsen 2021c). Ein weiterer externalisierender Erklärungsansatz ist

die Politik der aktuellen Ampel-Koalition, die sogar – in problematischer Nähe zur Gleichsetzung des BRD-Parlamentarismus mit einer Diktatur bei den Freien Sachen – als Autokratie eingestuft wird. Auf die Interviewfrage: »Sie erleben in Ostdeutschland eine AfD, die stärkste Kraft geworden ist. Macht Ihnen das Angst?«, antwortete Michael Kretschmer: »Ich sehe diese Entwicklung mit großer Sorge. Unser Unvermögen, Probleme in diesem Land anzusprechen und zu klären, führt zur Stärke dieser AfD. Daran haben die Grünen leider einen riesigen Anteil mit der autokratischen Ampelpolitik« (Mäckler/Deutschländer 2023).

Die Abgrenzung, welche demokratiefeindliche, rechtsradikale und menschenverachtende Positionen zu einem moralisch abtrennbaren Problem einer Minderheit macht, vernachlässigt einen zunehmenden Autoritarismus größerer Bevölkerungsteile. Dieser wird ebenso in der monokausalen Erklärung der sozialen Netzwerke zu Radikalisierungsmaschinen nicht berücksichtigt. Jedoch entlastet dieser Erklärungsansatz ebenso wie die Externalisierung auf die ›Schuld‹ der Ampel-Regierung von eigener und gesellschaftlicher Verantwortung. Dabei lassen sich Ursachen des zunehmenden Rechtsextremismus in Sachsen gerade auch in der sächsischen Politik ausmachen. Das gilt beispielsweise für die Ignoranz, die hier jahrelang dem Thema gegenüber vorherrschte und sich etwa in dem berühmten Satz von Kurt Biedenkopf, die Sachsen seien »immun gegen Rechtsextremismus« zusammenfassen lässt (Heim et al. 2017: 163).

Außerdem wird diese Art der Abgrenzung und Problemexternalisierung auch deshalb vorgetragen, weil gleichzeitig eine Radikalisierung der eigenen Positionen stattfindet, die dem Versuch geschuldet ist, Wähler:innenstimmen zurückzugewinnen und den Rechtsradikalismus zu ›bekämpfen‹, indem seine Positionen teilweise übernommen werden. So ließ sich in den letzten drei Jahren, vor allem aber im letzten Jahr, immer wieder die Übernahme migrationsfeindlicher bis hin zu kulturrassistischen Positionen durch die sächsische CDU feststellen, die die Partei oft bewusst medial platziert, um sich als Hardliner zu inszenieren, der politisch die Entscheidungen umsetzen will, die sich ein rechtes Wahlklientel erhofft. Deswegen finden sich in den medial platzierten Themen des Ministerpräsidenten vor allem die Migration und die Kritik an der Ampel-Regierung. Zu Ersterem gehören Forderungen nach der

Einschränkung des Grundrechts auf Asyl (vgl. Orde 2023) und nach Kürzungen der Sozialleistungen für Geflüchtete (vgl. Redaktionsnetzwerk Deutschland 2023). Bei einer Diskussionsveranstaltung in der Dresdner Volkshochschule im Oktober 2020 erklärte der Ministerpräsident, dass er sich die Einwanderung von Fachkräften wünsche, die zu »unserem Kulturkreis passen« (Klemenz 2020). Dies seien Menschen aus der Ukraine, Polen, Weißrussland und Litauen (vgl. ebd.). Diese Position reproduziert eine hierarchische Vorstellung von Menschen, die auf Grundlage der Kategorie ›Kultur‹ (die hier deutlich essentialistisch aufgefasst wird) zu Gruppen zusammengefasst werden. Diesen Gruppen werden unterschiedliche Wertigkeiten in Bezug auf die Passung zur deutschen Kultur zugeschrieben. Diese essenzialisierende Vorstellung kann als kulturrassistisch bezeichnet werden. Sie stellt sich außerdem gegen eine universalistische Vorstellung der Menschen- und Teilhaberechte von Geflüchteten und verkörpert den Wunsch einer selektiven Wahl von Migration aufgrund eigener Präferenzen und Vorteilserwartungen. Dass solch eine Formulierung *en passant* von einem CDU-Ministerpräsidenten getroffen wird, zeigt die fortgesetzte Verschiebung des Diskurses nach rechts. In einer weiteren Veranstaltung im Oktober 2023, während derer Michael Kretschmer mit Schüler:innen in Bautzen über den Unterrichtsausfall diskutierte, machte er einseitig Migrant:innen dafür verantwortlich:

»Als Ursache für den Unterrichtsausfall betonte er vor allem die Überlastung des sächsischen Bildungssystems durch Zuwanderer: ›Wir können die Qualität der Bildung nicht mehr garantieren, weil wir Schüler beschulen müssen, die von außen kommen‹, sagte er. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die kurz vor ihrem 18. Lebensjahr nach Deutschland kämen, sollten nicht mehr zur Schule gehen dürfen, sondern ein praktisches Jahr leisten oder direkt in eine Ausbildung gehen, forderte er« (Weimer 2023).

Auch hier wird eine hierarchisierende Differenzierung von deutschen Schüler:innen und solchen, »die von außen kommen«, vorgenommen, denen noch dazu explizit verschiedene Rechte auf Bildung zugestanden werden. Gleichzeitig werden hier migrantische Kinder zum Sündenbock gemacht, um von eigenen strukturellen Problemen abzulenken, die wie der Lehrer:innenmangel, bereits seit vielen Jahren in Sachsen bestehen.

Durch solche Positionen verspricht sich Kretschmer die Bekämpfung des Rechtsradikalismus: »›Wir sollten da vorsichtig rangehen‹, so der Ministerpräsident. ›Das ist das, was ich gemeint habe: parteiübergreifend über das Thema Asylrecht sprechen.‹ Für den Politiker wäre das eine gute Maßnahme gegen Rechtsextremismus: ›Wenn das möglich ist, ist das eine wunderbare Prävention gegen die, die daraus jetzt versuchen, eine böse Stimmung zu machen‹« (Dresdner Morgenpost 2023).

Bekämpfung von Rechtsradikalismus beinhaltet in dieser Vorstellung die Befriedigung autoritärer Wünsche und die Erfüllung rechter Forderungen. Tatsächlich führt dies aber vor allem zur Verschiebung dessen was als ›normal‹ gilt und ermöglicht auch der AfD und anderen radikalen Rechten, ihre eigenen Positionen noch weiter zu verschärfen. Natascha Strobl beschreibt diese konservative Krisenreaktion als radikalisierten Konservatismus. Aufgrund eines zunehmenden gesellschaftlichen Drucks müssen sich konservative Kräfte entscheiden, ob sie zusammen mit anderen Lösungen suchen wollen oder sich durch die Übernahme extrem rechter Positionen selbst radikalisieren (vgl. Strobl 2021: 9). Diese autoritäre Antwort, die ein Entgegenkommen für rechtsradikale Forderungen darstellt, ist keine Neuheit, sondern fand ebenso bereits in den Nachwendejahren statt. Auch hier war die Antwort auf die rechtsradikalen Ausschreitungen eine Verschärfung des Asylrechts. Damals sprach sich beispielsweise der sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf für Verschärfungen und Begrenzungen im Asylrecht aus (vgl. Sächsische Zeitung 1991).

Diese politische Strategie wird von Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser als Affektpolitik beschrieben (vgl. Mau et al. 2023: 351). Sie führen aus, dass die Parteibindung der Wähler:innen immer mehr abnimmt. Durch diese Volatilität müssen die Parteien flexibler sein und »stärker auf kurzfristige Stimmungen, Diskurse und Narrative reagieren oder selbst mit ihren Vorstößen an Affektlagen in der Bevölkerung anschließen« (ebd.: 373). Diese politische Reaktion kann in den Themen Migration und Ampel-Regierung auch bei der sächsischen CDU oder spezieller dem Ministerpräsidenten beobachtet werden. Hierbei werden Themen emotionalisiert und zugespitzt, um sich eine mediale Aufmerksamkeitsökonomie zunutze zu machen, die ebenfalls stark über Affekte funktioniert (vgl. ebd.). Die radikale Rechte sei der erfolgreichste »Polari-

sierungsunternehmer« dieser Emotionalisierung (vgl. ebd.: 351), jedoch versuchen auch andere Parteien, wie in diesem Fall die sächsische CDU, mit ähnlichen Mitteln Wähler:innenstimmen zu bekommen.

Ähnlich wie in den Ergebnissen der tiefenhermeneutischen Untersuchungen der Zivilgesellschaft in Wurzen von Fiona Kalkstein und Natalie Gittner zeigt sich hier, wie versucht wird »gesellschaftliche Pluralisierungsanforderungen« durch Abschottung und Homogenisierung abzuwehren (Kalkstein/Gittner 2023: 269). Jedoch wird gesellschaftlich eine Abgrenzung zur radikalen Rechten verlangt, die aber auf einer rhetorisch moralischen Ebene verbleibt. Parallel zu dieser formell-moralischen Abgrenzung wird sich aber auf der Ebene politischer Inhalte ebenso für »Regression als Problemlösungsstrategie« (ebd.: 267) entschieden. Fiona Kalkstein und Natalie Gittner zeigen, dass in Wurzen »auf zu lösende gesellschaftliche Anforderungen wie Migration […] mit Abschottung […] reagiert« wird (ebd.). Auch in den medialen Äußerungen des sächsischen Ministerpräsidenten finden sich diese Abschottungstendenzen, die neben Forderungen zur Einschränkung von Migration auch mit der kulturalistischen Abwertung von Geflüchteten verbunden ist. Die politische Stoßrichtung verläuft in struktureller Ähnlichkeit zu den Antworten der radikalen Rechten. In der politischen Kommunikation findet sich somit ein Doppelspiel von rhetorisch moralischer Distanzierung und gleichzeitiger Übernahme rechter Positionierungen und Diskursverschiebungen.

5. Individualistischer Freiheitsbegriff und libertärer Autoritarismus

Wie bereits ausgeführt ist ein weiteres mediales Thema der Affektpolitik des Ministerpräsidenten und der sächsischen CDU die Kritik an der Ampel-Regierung. Der Koalition aus den Grünen, der SPD und der FDP wird immer wieder ein vermeintlich autoritäres Vorgehen vorgeworfen, welches die individuelle Freiheit der Bürger:innen einschränke.

In einem Interview vom 22.05.2023 erklärt Michael Kretschmer die steigenden Wahlergebnisse der AfD in Ostdeutschland seien die Schuld der »autokratischen Ampelpolitik« (Mäckler/Deutschländer 2023). Außerdem wird angeführt, dass die Ampel zu sehr regulieren würde

und – etwa in der Klima- und Umweltpolitik – einen »planwirtschaftlich-volkserzieherischen Ansatz« verfolge, der als Krisenbekämpfung weniger effektiv sei als Freiheit (Eichinger/Uhlenbroich 2023). Freiheit bedeutet hier immer individuelle Freiheit der privaten Personen und ist für den Ministerpräsidenten integraler Bestandteil des Konservatismus: »Ich möchte, dass die Menschen frei leben können und nicht der Staat für sie entscheidet. Das ist für mich konservativ im besten Sinne« (Schwennicke/Marguier 2019). Die Klimapolitik der Ampel erscheint somit als eine Art Gängelung der Bürger:innen, die diese in ihrer individuellen Lebensführung einschränke: »Die Leute wollen sich nicht sagen lassen, wie sie heizen, welches Auto sie fahren sollen, was sie essen oder wie sie sprechen sollen« (Die Sächsische Union 2023). Immer wieder wird dann betont, dass die CDU diese individuelle Freiheit politisch möglich machen will im Unterschied beispielsweise zu den Grünen.

Freiheit wird hier nicht als gesellschaftliches Verhältnis gedacht, sondern nur als individuell. Wie Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey feststellen, ist sie in dieser Vorstellung »kein geteilter gesellschaftlicher Zustand, sondern ein persönlicher Besitzstand« (Amlinger/Nachtwey 2022: 14). Sie beschäftigen sich mit einem libertären Autoritarismus, der zwar gegen die bestehende Gesellschaft rebelliert, aber sich dabei auf »Selbstbestimmung und Souveränität« bezieht (ebd.).

In den Aussagen des sächsischen Ministerpräsidenten findet sich dieser libertäre Autoritarismus, da hier immer wieder Freiheit, die die Abwesenheit von staatlichen Regularien für das Individuum und eigene Entscheidungen meint, als zentraler Wert betont wird. Gleichzeitig wird aber in Bezug auf die Migrationspolitik ein autoritärer, regulierender und stark eingreifender Staat gefordert, der individuelle Entscheidungen für Geflüchtete bezüglich ihrer Mobilität verhindert. Die politische Praxis der sächsischen CDU und Michael Kretschmers steht zum Teil in Diskrepanz zu dem vielfach postulierten Freiheitsversprechen, wie beispielsweise die Forderung der Umstellung auf Sachleistungen und Bezahlkarten für Geflüchtete (vgl. ZDFheute 2023), die ihre Freiheit der Konsumentscheidungen einschränkt oder das an Schulen eingeführte ›Genderverbot‹ (vgl. Wiemann 2023). Hier wird sichtbar wie der libertäre Autoritarismus das »Ideal der Freiheit mit zutiefst illiberalen Ansichten und Praktiken« verbindet (Amlinger/Nachtwey 2022). Freiheit ist hier selektiv ein hohes

Gut für die Eigengruppe, wird aber dabei anderen verwehrt und nicht zugestanden. Dies geschieht auch um die eigenen Freiheitsgrade zu erhöhen, auf Kosten anderer.

Dieser Freiheitsbegriff zeigt eine strukturelle Ähnlichkeit zu den von radikal rechten Gruppen, wie beispielsweise den Freien Sachsen, vertretenen Freiheitsverständnissen. Auch sie plädieren für einen radikalen Rückzug des Staates und für mehr individuelle Eigenverantwortung. Der Unterschied liegt hier in den verschiedenen Wir-Die-Konstruktionen. In den Aussagen des Ministerpräsidenten ist es die Ampel-Regierung oder expliziter die Partei Die Grünen, die den autoritären Staat verkörpert, für die Freien Sachsen ist es neben dem geteilten Feindbild rot-grüner Politik insbesondere auch die sächsische Regierung selbst. Sie repräsentiert den Staat, der zu sehr in die individuellen Rechte der Bürger:innen eingreifen will. Grundsätzlich zeigt sich hier aber bei beiden die Vorstellung einer gesellschaftlichen Problemlösungsstrategie durch Eigenverantwortung der Individuen. Darin steckt eine atomistische Vorstellung von Gesellschaft, die strukturelle Zusammenhänge vernachlässigt.

6. Schluss

In diesem Beitrag wurde der diskursive Umgang eines konservativen Politikers mit der radikalen Rechten und Verschwörungsideolog:innen untersucht. Dabei konnte gezeigt werden, welche Strategien genutzt werden. Es wurde deutlich, dass die Antwort auf den Rechtsradikalismus zum einen in einem deliberativen Versuch der Eindämmung durch Einbindung besteht. Dieser Versuch verkennt jedoch die Hegemoniebestrebungen der Rechten und bietet für die autoritären Akteur:innen somit eine ideale Plattform, die sie zu ihren Zwecken nutzen und als Erfolge verbuchen können. Die untersuchten Begegnungen zwischen dem Ministerpräsidenten und den autoritären Gruppierungen zeigen, wie diese die Hoheit über die Situationsdefinition erlangen und die Begegnung nach ihren Vorstellungen gestalten können, da der Ministerpräsident demokratie- und menschenfeindliche Aussagen, aber auch persönliche Anfeindungen, unwidersprochen toleriert, um das Gespräch fortsetzen zu können. Diese Dialogversuche stehen damit in der

Kontinuität einer sächsischen Politik (vgl. Bringt/Klare 2021), die jedoch immer wieder erfolglos bleibt.

Zum Anderen ist die Antwort eine eigene Radikalisierung, in der die Übernahme und Verstärkung der autoritären Bestrebungen als ein Politikangebot für das Wähler:innenklientel genutzt werden soll. Damit wird strukturell der radikalen Rechten gefolgt, statt ein alternatives Politikmodell und Weltverständnis attraktiv zu machen. Dies zeigte sich in der Analyse bei den Themen Migration und Ampel-Kritik. Hierbei werden migrationsfeindliche bis rassistische Narrative bedient, um das Elektorat anzusprechen. Diese konservative Politik besitzt strukturelle Ähnlichkeit zu einem libertären Autoritarismus, wie er auch in der radikalen Rechten immer mehr zu finden ist. Somit ist Politik hier in erster Linie eine bloße Reaktion auf die radikale Rechte, die sie versucht mit einer ähnlichen Struktur zu bekämpfen, was sie letztlich aber stärkt und ihre eigenen Spielräume durch eine Verschiebung erweitert.

Dabei ist die Analyse des öffentlichen Auftretens des sächsischen Ministerpräsidenten nur beispielhaft für eine politische Entwicklung, die sich mitunter sogar bis in liberale Parteien findet. Auch auf Bundesebene wird dem affektpolitisch aufgeladenen Thema Migration zunehmend mit Restriktion begegnet. Hierbei ist zu beachten, dass die Bearbeitung von politischen Problemen immer auch von ihrer diskursiven Inszenierung abhängig ist. Vor allem im Jahr 2023 wurden reale Probleme der kommunalen und regionalen Verwaltung der Migration nicht durch eine bessere Unterstützung der Kommunen bearbeitet, sondern zu einer identitären, nationalistischen Krise stilisiert, die ein Gefühl einer Art ›Überschwemmung‹ durch Fremde auslöste. Diese Art der Problematisierung ignoriert allgemeine gesellschaftliche Probleme, wie die Wohnungskrise und fehlende Finanzierung, und macht Migrant:innen in einer Sündenbockfunktion verantwortlich.

Bekämpfung von Verschwörungsideologie, Ideologien der Ungleichwertigkeit und Rechtsradikalismus funktioniert jedoch weder über einen Versöhnung suchenden Dialog mit, noch durch die ›Nachahmung‹ von rechten Positionen. Was es braucht, ist die Stärkung der engagierten Zivilgesellschaft, eine stark aufgestellte Mobile Beratung und Demokratieförderung sowie die Einbindung von marginalisierten Personen in Dialoge und Diskurse (vgl. Bringt/Klare 2021). Außerdem ist eine klare Abgrenzung

gegen menschen- und demokratiefeindliche Positionen, auch wenn diese gesellschaftlich stärker verbreitet sind, notwendig. Des Weiteren dürfen gesellschaftliche Krisen nicht auf ›Sündenböcke‹ externalisiert werden, sondern es müssen politische Ansätze entwickelt werden, die nicht auf »Regression als Problemlösungsstrategie« (Kalkstein/Gittner 2023: 267) beruhen.

Das analysierte empirische Beispiel zeigt, welche Fallstricke sich bei fehlender Distanzierung ergeben und welche Bedrohung von ihr selbst ausgeht. Politik sollte die begleitende Forschung und Expertise aus der Mobilen Beratung und der zivilgesellschaftlichen Arbeit zur Kenntnis nehmen. Auch in Hinblick auf die Kommunal- und Landtagswahlen sind diese Erkenntnisse besonders wichtig, da ab 2024 mit einer weiter erstarkten radikalen Rechten in den Parlamenten und kommunalen Vertretungen in Sachsen zu rechnen ist. Es gilt demokratische Zivilgesellschaft zu stärken und Betroffene zu schützen.

Literatur

Amlinger, Carolin / Nachtwey, Oliver (2022): Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus, Berlin: Suhrkamp.

Bild (2020): Diesmal mit Maske! Kretschmer bei Corona-Demo in Pirna. Online verfügbar: https://www.bild.de/regional/dresden/dresden-aktuell/mit-maske-sp…esuch-von-kretschmer-bei-corona-demo-in-pirna-70777888.bild.html [Zugriff: 03.01.2024].

Binninger, Annette (2022): Wo Kretschmers Dialog an seine Grenzen stößt. In: Sächsische Zeitung, 20.01.2022, S. 6.

Blick.de (2023): Limbach-Oberfrohna. Michael Kretschmer wird von Freien Sachsen beschimpft. Online verfügbar: https://www.blick.de/westsachsen/limbach-oberfrohna-michael-kretschmer-wird-von-freien-sachsen-beschimpft-artikel12851204 [Zugriff: 05.01.2024].

Bringt, Friedemann / Klare, Heiko (2021): Verschwörungsmythen und neues »rechtes Miteinander«. Langfristige Herausforderungen für die demokratische Zivilgesellschaft und gesellschaftspolitische Handlungsoptionen in der Corona-Krise. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.): Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratiegefährdungen in der Coronakrise (Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft 9), Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft, S. 64–73.

Butter, Michael (2018): »Nichts ist, wie es scheint«. Über Verschwörungstheorien, Berlin: Suhrkamp.

CDU Sachsen (2021a): Meine Aufgabe ist hier in Dresden. Online verfügbar: https://www.cdu-sachsen.de/aktuelles/2021/meine-aufgabe-ist-hier-in-dresden [Zugriff: 05.01.2024].

CDU Sachsen (2021b): Ministerpräsident Michael Kretschmer im Podcast der sächsischen Zeitung. Online verfügbar: https://www.cdu-sachsen.de/aktuelles/2021/ministerpraesident-michael-kretschmer-im-podcast-der-saechsischen-zeitung [Zugriff: 05.01.2024].

CDU Sachsen (2021c): Wir brauchen den solidarischen Zusammenhalt. Online verfügbar: https://www.cdu-sachsen.de/aktuelles/2021/wir-brauchen-den-solidarischen-zusammenhalt [Zugriff: 05.01.2024].

Decker, Markus (2020): Kretschmer und Verschwörungstheoretiker. Warum begibt er sich auf dieses Niveau? In: Redaktionsnetzwerk Deutschland. Online verfügbar: https://www.rnd.de/politik/verschworungstheoretiker-nicht-uberbewerten-7NYFMW45AFBFPGT7445TK3E4X4.html [Zugriff: 03.01.2024].

Die Sächsische Union (2023): Facebook-Post vom 24.09.2023. Online verfügbar: https://www.facebook.com/photo.php?fbid=689431149887091&set=pb.100064606365240.-2207520000&type=3 [Zugriff: 05.01.2024].

Dresdner Morgenpost (2023): MP Kretschmer stellt Flüchtlingsstatus des Schlägers infrage. 10.07.2023, S. 8.

Eichinger, Roman / Uhlenbroich, Burkhard (2023): »Brauchen Zeitenwende bei der Migrationspolitik«. In: Bild. Online verfügbar: https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/sachsen-ministerpraesident-kretschmer-die-politik-der-gruenen-ist-oekologischer-83653914.bild.html [Zugriff: 05.01.2024].

Facebook (2020): Kabinettspressekonferenz. Online verfügbar: https://www.facebook.com/watch/live/?ref=watch_permalink&v=161689499027268 [Zugriff: 04.01.2024].

Frankfurter Allgemeine Zeitung (2020): Tausende demonstrieren in mehreren Städten gegen Einschränkungen. Online verfügbar: https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/corona-proteste-tausende-demonstrieren-in-mehreren-staedten-16772910.html [Zugriff: 02.01.2024].

Freie Presse (2022): Selbstkritisches von Sachsens Regierungschef Kretschmer. Online verfügbar: https://www.freiepresse.de/chemnitz/selbstkritisches-von-sachsens-regierungschef-kretschmer-artikel12287285 [Zugriff: 02.01.2024].

Freie Sachsen (18.01.2022): Kretschmer unter lautem Protest in Frankenberg empfangen! In: Telegram-Kanal Freie Sachsen. Online verfügbar: https://t.me/freiesachsen/2954 [Zugriff: 02.01.2024].

Habermas, Jürgen (1988): Theorie des kommunikativen Handelns. Band 2, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Habermas, Jürgen (1999): Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Hach, Oliver (2022): Kretschmer im heißen Herbst in Zwickau. In: Freie Presse. Online verfügbar: https://www.freiepresse.de/zwickau/zwickau/kretschmer-im-heissen-herbst-in-zwickau-artikel12559586 [Zugriff: 03.01.2024].

Heim, Tino / Steinhaus, Maja / Weber, Anja (2017): »So geht sächsisch!« Pegida und die Paradoxien der ›sächsischen Demokratie‹. In: Heim, Tino (Hg.): Pegida als Spiegel und Projektionsfläche. Wechselwirkungen und Abgrenzungen zwischen Pegida, Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaften, Wiesbaden: Springer, S. 143–196.

Hellwig, Theresa (2023): Ein rechter Verein aus Dresden hilft Obdachlosen – nette Geste oder gefährliche Strategie? In: Sächsische Zeitung. Online verfügbar: https://www.saechsische.de/dresden/lokales/dresden-ein-rechter-verein-hilft-obdachlosen-nette-geste-oder-gefaehrliche-strategie-5946016-plus.html [Zugriff: 14.01.2024]

Kalkstein, Fiona/ Gittner, Natalie (2023): Gehemmte Zivilgesellschaft. Tiefenhermeneutische Annäherung an Reflexe und Blockaden demokratischen Engagements. In: Decker, Oliver / Kalkstein, Fiona / Kiess, Johannes (Hg.): Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2022, Leipzig: edition überland, S. 251–272.

Kiess, Johannes (2023): Extrem rechte Parteien in Sachsen. Arbeitsteilige Mobilisierung und Fragmentierung. In: Decker, Oliver / Kalkstein, Fiona / Kiess, Johannes (Hg.): Demokratie in Sachsen: Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2022, Leipzig: edition überland, S. 79–95.

Klemenz, Franziska (2020): Kretschmer: »Ich will kein Volkserzieher sein«. In: Sächsische Zeitung. Online verfügbar: https://www.saechsische.de/politik/politiker/michael-kretschmer/kretschmer-ministerpraesident-sachsen-corona-bhakdi-verordnung-afd-klimaschutz-5300551-plus.html [Zugriff: 05.01.2024].

Kollenberg, Kai (2022): Kretschmer: Spreche nicht mit »Freien Sachsen«. In: Leipziger Volkszeitung, 07.07.2022.

Kretschmer, Michael (16.05.2020): Mir ist es wichtig die Meinungen […]. In: Twitter-Kanal Michael Kretschmer. Online verfügbar: https://twitter.com/MPKretschmer/status/1261738295761010689?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1261738295761010689%7Ctwgr%5E4e5dc5cc779ab5bof523aoeeb8948957cffc1fb1%7Ctwcon%5Es1_&ref_url=https%3A%2F%2Fwww.spiegel.de%2Fpolitik%2Fdeutschland%2Fbuerger-erstattet-anzeige-gegen-michael-kretschmer-weil-er-keinen-mundschutz-trug-a-e65eoc1d-8acb-4348-8fd8-e8dc2a759178 [Zugriff: 02.01.2024].

Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (2021): »Freie Sachsen« vom LfV Sachsen als rechtsextremistische Bestrebung eingestuft. Online verfügbar: https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Freie_Sachsen_vom_LfV_Sachsen_als_rechtsextremistische_Bestrebung_eingestuft.pdf. [Zugriff: 05.01.2024].

Mäckler, Marcus / Deutschländer, Christian (2023): »Müssen unsere sozialen Leistungen senken«: Kretschmer erklärt seinen Kurs für Asyl und Russland. In: Merkur. Online verfügbar: https://www.merkur.de/politik/kretschmer-asyl-afd-migration-russland-sanktionen-ukraine-krieg-frontex-cdu-interview-sachsen-news-zr-92292898.html [Zugriff: 05.01.2024].

Mau, Steffen / Lux, Thomas / Westheuser, Linus (2023): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin: Suhrkamp.

MDR Investigativ (2021): Wer protestierte vor Kretschmers Haus? Online verfügbar: https://www.youtube.com/watch?v=kfLJqMxNxbw [Zugriff: 02.01.2024].

Meisner, Matthias (2022): Kein Lehrstück in Sachen Demokratie. In: taz. die tageszeitung. Online verfügbar: https://taz.de/Umstrittene-Podiumsrunde-mit-Tellkamp/!5902201/ [Zugriff: 03.01.2024].

Mitteldeutscher Rundfunk (2024): Treffen mit Michael Kretschmer. Zwischen Bürgernähe und dem Zorn des Volkes. Online verfügbar: https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/kretschmer-was-bringen-die-buergergespraeche-100.html [Zugriff: 02.01.2024].

Naber, Ibrahim (2022): „Die wollen den Dialog zerstören". In: Die Welt, 15.02.2022.

N-TV (2021): Corona-Leugner bei Kretschmer am Zaun. Online verfügbar: https://www.n-tv.de/politik/Corona-Leugner-bei-Kretschmer-am-Zaun-article22282729.html [Zugriff: 05.01.2024].

Orde, Sabine am (2023): Wo verläuft die Brandmauer? In: taz. die tageszeitung. Online verfügbar: https://taz.de/CDU-und-AfD-in-Sachsen/!5952738/ [Zugriff: 05.01.2024].

Pasternack, Peer /

Beer, Andreas (2022): Die externe Kommunikation der Wissenschaft in der bisherigen Corona-Krise (2020/2021). Eine kommentierte Rekonstruktion (HoF-Arbeitsbericht 118), Halle / Wittenberg: Institut für Hochschulforschung (HoF) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Potter, Nicholas (2021): Nach Hausbesuch plant Kretschmer Folgetreffen. In: Belltower News. Online verfügbar: https://www.belltower.news/reichsbuergerinnen-nach-hausbesuch-plant-kretschmer-folgetreffen-110685/ [Zugriff: 03.01.2024].

Redaktionsnetzwerk Deutschland (2021): Kretschmer will mit Corona-Kritikern im Gespräch bleiben. Online verfügbar: https://www.rnd.de/politik/dialog-mit-corona-kritikern-kretschmer-will-gesprache-weiterfuhren-sein-angebot-hat-jedoch-grenzen-GJ5FJ3IX7NZN3BD7K4JX4JMAAQ.html [Zugriff: 03.01.2024].

Redaktionsnetzwerk Deutschland (2023): Kretschmer fordert weniger Geld für Asylbewerber. Online verfügbar: https://www.rnd.de/politik/sachsen-michael-kretschmer-fordert-weniger-geld-fuer-asylbewerber-KO3GEYUBT5IRNNMHKQ2UQYBP5I.html [Zugriff: 05.01.2024].

Rosendahl, Ingolf (2022): Proteste bei Kretschmer-Besuch. In: Freie Presse. Online verfügbar: https://www.freiepresse.de/mittelsachsen/mittweida/proteste-bei-kretschmer-besuch-artikel11943879 [Zugriff: 03.01.2024].

RTL (2022): Kretschmer sucht Gespräch mit Corona-Demonstranten – und wird mit Fahne attackiert. Online verfügbar: https://www.rtl.de/cms/frankenberg-michael-kretschmer-sucht-gespraech-mit-corona-demonstranten-und-wird-mit-fahne-attackiert-4902401.html [Zugriff: 05.01.2024].

Sächsische Zeitung (1991): Sachsens Ministerpräsident Kurt Biedenkopf: Asylanten-Quote im Osten reduzieren, 25.09.1991, S. 1.

Schwennicke, Christoph /

Marguier, Alexander (2019): Bequemes Ressentiment. In: Cicero 8, S. 26–34.

Strobl, Natascha (2021): Radikalisierter Konservatismus. Eine Analyse, Berlin: Suhrkamp.

Vorländer, Hans (2021): MIDEM 2021. Corona und Rechtspopulismus. Jahresstudie. Mercator Forum Migration und Demokratie, Dresden: Technische Universität Dresden.

Wiemann, Rieke (2023): Kampf für Gerechtschreibung. Online verfügbar: https://taz.de/Genderverbot-an-Schulen/!5972029/ [Zugriff: 15.01.2024].

Weimer, Tim Ruben (2023): „Können Bildungsqualität nicht mehr garantieren". In: Sächsische Zeitung, 21.10.2023, S. 21.

Wolf, Tobias / Wolf, Ulrich / Weller, Andreas (2021): Kritik an Dresdner Gastwirt nach Corona-Video. In: Sächsische Zeitung. Online verfügbar: https://www.saechsische.de/dresden/wutausbruch-per-video-und-der-regierungschef-ruft-an-corona-michael-kretschmer-gastwirt-sachsen-dresden-5359046-plus.html [Zugriff: 03.01.2024].

YouTube (2020): Kretschmer wird bei Corona Demo in Dresden zur Rede gestellt. 16.05.2020. Online verfügbar: https://www.youtube.com/watch?v=oqyonuDnB8I [Zugriff: 02.01.2024].

YouTube (2023): CDU-Politiker Kretschmer – Dialog in der Krise? Online verfügbar: https://www.youtube.com/watch?v=JrJKDFMKX24 [Zugriff: 03.01.2024].

ZDFheute (2023): Kretschmer fordert bundesweite Regelung. Online verfügbar: https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/kretschmer-sachleistungen-fluechtlinge-kritik-bund-100.html [Zugriff: 14.01.2024].